

I. Anmeldung

TOP: _____

Personal- und Organisationsausschuss
Sitzungsdatum 10.05.2016
öffentlich

Betreff:
Weiterbildung zur/m staatlich anerkannten Erzieher/in

Anlagen:
 Bericht des Personalamts vom 20.04.2016

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Im Rahmen der beruflichen Weiterbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin müssen städtische Kinderpfleger/innen ein Berufanererkennungsjahr absolvieren. Die Verwaltung schlägt vor bewährten städtischen Kinderpflegern/innen im Berufspraktikum eine Vergütung in Höhe ihres bisherigen Gehalts weiterzuzahlen. Das Berufspraktikum soll den Mitarbeiter/innen auf die Beschäftigungszeit nach § 34 Absatz 3 TVöD und die Stufenlaufzeit nach § 16 TVöD angerechnet werden.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
 siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

0 € davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Soweit die Maßnahme ausgebaut wird, werden regelmäßig eher weibliche Beschäftigte angesprochen. Von 274 Beschäftigten in der Kinderpflege bei der Stadt Nürnberg sind zum Stand 18.12.15 14 männlich.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 J

II. Herrn OBM

III. Ref. I/PA

Nürnberg, 20.04.2016
Referat für Allgemeine Verwaltung

(26 62)